

STRAFVOLLZUG

Web-Cams im Knast

• Kai Bammann

Das öffentliche Anprangern von Straftätern mausert sich in Amerika gerade wieder zu einer gängigen Sanktionsform. In einigen Bundesstaaten kann man bereits die Bilder und persönlichen Daten verurteilter Sexualstraftäter im Internet begutachten. Jetzt hat ein engagierter Sheriff, der sich schon um die Wiedereinführung von Sklavenstrafen (chain gangs) verdient gemacht hat, Kameras in »seiner« Haftanstalt aufstellen lassen, die live Bilder ins allgemein zugängliche Internet übertragen.

Das Internet eröffnet mit seiner rasant fortschreitenden technischen Entwicklung immer neue Möglichkeiten, die sich längst nicht mehr nur auf die Übermittlung von Nachrichten und Wissen beschränken. Zunehmend geht es bei den Angeboten darum, den Voyeurismus des Internet-Users in verschiedensten Formen anzusprechen und zu befriedigen. Dabei bleibt der Benutzer in der Regel als anonymer Beobachter im Hintergrund und vermeidet dadurch gerade das, was er selbst sucht: die Zurschau-Stellung des eigenen Lebens. In Chat-Rooms kann anonym Kontakt mit Gleichgesinnten gesucht werden, in Internet-WGs lassen sich BewohnerInnen rund um die Uhr von web-cams beobachten, oder Sex-Anbieter offerieren Life-shows, in denen sich die Darstellerinnen nach den Anweisungen des in der Regel männlichen Publikums in eindeutiger Weise präsentieren.

Im Juli 2000 ist nun ein weiteres Angebot hinzugekommen, das dem User neue, bislang verborgene Einblicke in ein System gewährt, zu dem Normalbürger ansonsten keinen Zugang finden können: den Strafvollzug. Verantwortlich für die voyeuristischen Einblicke in ein örtliches Gefängnis ist der umstrittene Sheriff Joe Arpaio, der, nachdem die Presse ihm diesen »Titel« verliehen hat, sich selbst gerne als »America's toughest Sheriff« bezeichnet.¹ Arpaio ist nicht zuletzt dadurch bekannt geworden, daß er Gefangene anstelle in einer festen Haftanstalt in einer Zelt-Stadt (Tent-City) unterbringt, von der aus die Insassen u.a. zu Arbeitseinsätzen geschickt werden.²

Auch diese Arbeitseinsätze selbst sind umstritten: Die Gefangenen werden aneinandergekettet und müssen gemeinnützige Arbeiten – von Straßenreinigung bis Straßenbau – verrichten. Die Demütigung der Betroffenen wird noch dadurch komplettiert, daß diese Arbeit öffentlich und in Sträflingskleidung, das heißt in schwarz-weiß gestreiften Overall durchzuführen ist.

Arpaio kann sich rühmen, einer der ersten gewesen zu sein, der diese Chain-Gangs wieder eingeführt hat; bedenklich stimmt nur, daß diese aus vergangenen Zeiten stammende Methode mittlerweile in anderen US-Bundesstaaten nicht wenige Nachahmer gefunden hat.

Häftlinge im world-wide-web

Am 18.07.2000 war im online-Nachrichtenmagazin der Zeitschrift »Der Spiegel« der folgende Beitrag zu lesen:

»Amerikas härtester Sheriff zeigt Knackis live im Internet.

Haftstrafen sollen abschrecken. Das Problem ist nur, daß sie dies anscheinend nicht tun: Die Rückfallquoten sind enorm. [...]

»Big Brother«, schrieb George Orwell, »is watching you.« Das, meint Joe Arpaio, kann man auch umdrehen: Bald schon soll man über seine Web-Site so manchen »Big Brother« beobachten können. Er will die Insassen eines Gefängnisses im Bezirk Maricopa (Arizona) im Internet zeigen.

Über zwei Videocameras im Gebäude sollen die Inhaftierten ab kommenden Woche weltweit im Datennetz zu

sehen sein. »Das wird erzieherisch wirken«, meint der umstrittene Gesetzeshüter, der 1992 von einem Boulevard-Magazin zum ummachsichtigsten Sheriff der Nation gekürt worden war. »Es wird der Abschreckung dienen«, erklärt Arpaio. Die Männer, die mit Prostituierten aufgegriffen würden, könnten künftig ihren Ehefrauen durch die Kamera zuwinken.

Menschenrechtler kritisierten Arpaios Pläne: »Sheriff Joe vergißt offenbar, daß viele der Menschen in seiner Obhut nicht einmal verurteilt sind«, protestiert Eleanor Eisenberg von der Bürgerrechtsorganisation Arizonas. »Sie ins Internet zu stellen, wo sie alle Welt sehen kann, ist eine nicht gerechtfertigte Verletzung ihrer Privatsphäre.« Wegen angeblicher Mißhandlungen wurde bereits mehrfach gegen die Haftanstalten unter Arpaios Verantwortung ermittelt.

Sheriff Arpaio wurde mit seinen harten Methoden landesweit bekannt. So brachte er Insassen seiner Gefängnisse in drückend heißen Zelten unter, ließ sie in pinkfarbener Unterwäsche herumlaufen oder schickte an den Füßen gefesselte Häftlingsgruppen zum Unkraut jäten. Er hat außerdem Filme für Erwachsene sowie Männermagazine aus den Zellen verbannt – und auch Kaffee. [...]

Was wie ein Scherz klang, wurde schon in der darauffolgenden Woche umgesetzt. Wie angekündigt wurde auf der offiziellen Homepage des Maricopa-County-Sheriffs-Office (<http://www.mcso.org>) eine Seite mit zwei Web-Cams eingerichtet. Das System funktionierte zunächst jedoch nicht: aufgrund der großen Nachfrage war es ständig überlastet. Zwischenzeitlich sind diese Mängel behoben und es sind statt der ursprünglich angekündigten zwei nun insgesamt vier Web-Cams. Die Web-Site mit den »Jail-Cams« genannten Kameras im Madison-Street-Jail befindet sich jetzt auf der leistungsstärkeren web-page des kommerziellen Anbieters »Crime.com«, ist aber auch weiterhin auf direktem Weg über Arpaios Home-Page zu erreichen. Der Einblick in die Haftanstalt ist kostenlos.

Das Angebot

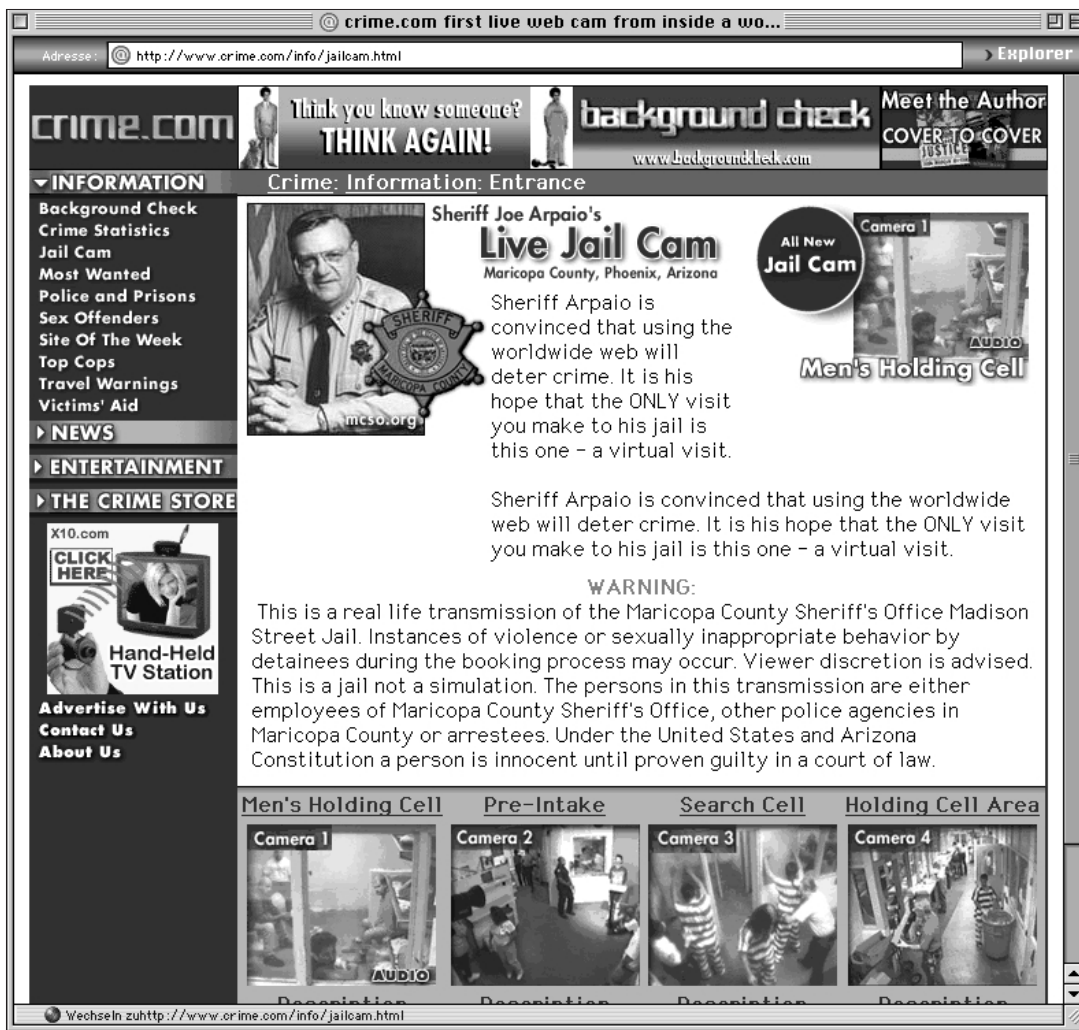
Entgegen der – möglicherweise im Vorfeld übertrieben dargestellten –

Ankündigung geht das Angebot nun doch nicht so weit, daß soeben verhaftete Männer aus den Zellen ihren Ehefrauen zuwinken könnten. Zumindest zu einem gewissen Grad wird die Privatsphäre der Inhaftierten respektiert, indem keine Bilder direkt aus den Zellen gesendet werden. Auch der eigentliche Haftalltag wird nicht dargestellt. Er läßt sich allenfalls errahnen, wenn durch das Bild der Kamera 4 Hausarbeiter in schwarz-weiß gestreifter Kleidung laufen. Im Übrigen konzentrieren sich die Aufnahmebereiche auf die ersten Minuten der Inhaftierung.

Das System besteht gegenwärtig aus vier Kameras, die in unterschiedlichen Stationen innerhalb der Haftanstalt untergebracht sind. Auf diese Weise kann man mit Kamera 1 (»pre-intake 1«) die Ankunft eines Gefangenen im Gefängnis beobachten, verfolgt dann mit Kamera 2 (»pre-intake 2«) die Aufnahme-prozedur einschließlich Fingerabdrucknahme und Fotografieren, beobachtet mit Kamera 3 die Durchsuchung des Gefangenen, die sich hier auf äußerliches Abtasten und durchschreiten eines Metalldetektors beschränkt (»search-cell«) und begleitet ihn abschließend mit Kamera 4 (»holding cell area«) zumindest einen Teil des Weges bis zu seiner Zelle. Die Internet-Aktion von Sheriff Arpaio steht unter dem Motto »Look who's booked in now«. Die Möglichkeit, daß der Gefangene erkannt wird, soll, so die ausdrückliche Intention von Arpaio, für eine abschreckende Wirkung sorgen.³ Nicht umsonst wird der Internet-Besucher mit den Worten empfangen: »It is his [Apaio's, K.B.] hope that the ONLY visit you make to this jail is this one – a virtual visit.«

Rechtlich fragwürdig

Wenn auch nach us-amerikanischem Recht möglicherweise (noch) zulässig, so ist die Aktion doch zumindest fragwürdig und widerspricht elementaren Grundsätzen einer menschenwürdigen Behandlung. Es scheint jedoch für Sheriff Arpaio typisch zu sein, solche Grenzen immer wieder zu überschreiten. Aufgrund seiner harten Methoden ruft er bei Menschenrechtsorganisationen wahre Empörungstürme hervor, ohne daß dies jedoch zu



die meisten inhaftierten Straftäter – nicht nur in den USA – aus unteren sozialen Schichten. Daß nun gerade dieses Klientel einen Computer und einen Internetzugang hat, muß aber ernsthaft bezweifelt werden. Abschreckung kann aber nur erreicht werden, wenn die entsprechende Klientel angesprochen wird – und dies ist auf dem eingeschlagenen Weg nicht möglich. So scheint auch ein anderer Punkt weit wichtiger zu sein: die Politik. Als gewählter Sheriff ist Arpaio nicht zuletzt auch Politiker, der seine Wiederwahl im Auge haben muß. Die Web-Cams stellen folglich nur die neueste technische Möglichkeit dar, ein hartes Durchgreifen gegen Kriminelle zu demonstrieren und ganzjährig »Wahlkampfwerbung« zu machen.

Arpaio's Kritiker

Jedoch ist nicht nur der Sheriff mit seinen Ansichten im Internet vertreten.

Eine erste Antwort auf die Internet-Präsenz Arpaio's gab es von der örtlichen Zeitung »Phoenix New Times«. Diese hat eine Web-Site mit dem Titel »Unofficial Joe Arpaio's web site for tough guys« (<http://www.phoenixnewtimes.com/extra/arpaio/index.html>) eingerichtet, die auf den ersten Blick – sieht man über eine Karikatur des Sheriffs auf der Startseite ab – wie eine offizielle Informationsseite des Sheriffs-Office aussieht. Die Seite wird eingeleitet mit den Worten: »Think you're tough? [...] Well, better think twice, before you come in here. We've put together the best of New Times' reporting on »America's toughest Sheriff, and it ain't pretty.« Die Web-Site versteht sich als eine Art Mutprobe für jene Menschen, die sich für hart genug halten, die Berichte über Arpaio's Methoden im Umgang mit Straftätern zu ertragen. In verschiedenen Rubriken wird detailreich über die Eskapaden des Sheriffs informiert. Die Themen reichen dabei von den Lebensbedingungen in der Zeltstadt, über »Joe's Politbüro« (diese Darstellung der Stimmung innerhalb des Sheriffs-Office und des Umganges mit den Deputies steht unter der Überschrift »Find out why we call him Joe Stalin«) bis hin zu einzelnen Themen wie

Konsequenzen führen würde. Im Gegenteil: als gewählter Sheriff ist er nunmehr seit 1993 im Amt. Seine Methoden erfahren demnach zumindest bei der wählenden Bevölkerung nachhaltige Zustimmung.

Unklar bleibt auch nach einem Blick auf die Web-Page, ob die Gefangenen überhaupt darüber informiert (geschweige denn damit einverstanden) sind, daß sie gefilmt und »live« ins Internet übertragen werden. Hier sollte man wenigstens verlangen, daß die Betroffenen darüber aufgeklärt werden, was mit ihnen geschieht, zumal Foto- und Filmaufnahmen immer einen nachhaltigen Eingriff in individuelle Rechte des Aufgenommenen darstellen. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist daher zwingend zu fordern, daß die Betroffenen mit diesen Maßnahmen einverstanden sein müssen, bevor sie »auf Sendung« gehen. Gerade darin liegt aber das große Problem: Die Kameras sind fest in-

stalliert und »live«-geschaltet, so daß es keine Möglichkeit gibt, einzelne Gefangene, die ihr Einverständnis nicht geben, von Filmaufnahmen auszunehmen. Im Gegensatz zu Bewohnern von Internet-WGs, die dies freiwillig auf sich nehmen, haben die Gefangenen keine andere Wahl. Sie können nicht entscheiden, ob sie überhaupt in einen kameraüberwachten Lebensraum einziehen wollen. Auch das Verlassen des Gefängnisses ist nicht möglich. Die Web-Cams sind in dieser aufgezwungenen Form eine Verletzung elementarer Persönlichkeits- und Menschenrechte.

Fakt ist: legt man das Verbot einer menschenunwürdigen Behandlung entsprechend eng aus, sind schon ganz andere von Arpaio's Maßnahmen (beginnend mit der demütigenden pinkfarbenen Unterwäsche bis zur Unterbringung in der Zeltstadt) am Rande, wenn nicht jenseits des rechtlich Zulässigen. Hier

scheint es fast, als würden für Strafgefangene andere Maßstäbe gelten als für nichtstraffällige BürgerInnen und es würde im Namen einer vermeintlich wirkungsvollen Abschreckungspolitik einmal mehr in Kauf genommen, daß die Rechte von Inhaftierten ausgesetzt werden.

Voyeurismus als Mittel zum Zweck

Man wird bei einer Betrachtung dieser Entwicklung den Verdacht nicht los, daß das Zur-Schau-Stellen von Straftätern neben den propagierten Zielen der Aufklärung und Prävention noch sehr viel profaner Zwecke dient.

Es mag tatsächlich sein, daß Arpaio sich von den Kameras einen Abschreckungseffekt erhofft. Letztlich bleibt diese Wirkung jedoch zweifelhaft. Unbestritten kommen

der Einführung der pinkfarbenen Unterwäsche, die kritisch – teilweise auch polemisch – begleitet werden.

Daß das Jahr 2000 ein Wahljahr in Maricopa County ist, zeigt die Web-Page eines Gegenkandidaten für das Amt des Sheriffs (bei der letzten Wahl im Jahre 1996 war Arpaio einziger Kandidat). Unter <http://jerry4sheriff.com> lassen sich Informationen zu Jerry Robertson abrufen. Robertson, selbst altgedienter Army-Officer und (zwischenzeitlich pensionierter) langjähriger Angestellter im Maricopa-County-Strafvollzug, läßt es sich nicht nehmen, sich mit der umstrittenen Arbeit des Amtsinhabers auseinanderzusetzen. Bemerkenswert ist insbesondere das erste der von Robertson genannten Ziele für den Fall seiner Wahl: »Return pride to the Sheriff's Office«. Diese Aussage zeigt, daß selbst Mitarbeiter Arpaios rigider Politik im Umgang mit Straftätern keineswegs kritiklos gegenüberstehen.

Schlußbemerkung

Der Blick durch die Kamera auf inhaftierte Täter ist nichts anderes als die Befriedigung eines Voyeurismus, der jedem, der mit dem Strafvollzug zu tun hat, unverständlich bleiben muß. Die Gefangenen im Madison Street Jail werden allein auf ihre Eigenschaft als Straftäter reduziert und – ohne Rücksicht auf ihre Menschenwürde – Mittel zum Zweck einer nur vermeintlich erfolgversprechenden Abschreckungspolitik. Die Menschen und Geschichten, die hinter den Gefangenen stehen, interessieren nicht. Auch wenn Arpaios Motto lautet: »Look who's booked in now«: der Beobachter kennt die Leute nicht, kann also im Normalfall auch niemanden erkennen. Glücklicherweise – man muß dafür fast dankbar sein – hat Arpaio die Grenze noch nicht so weit überschritten, auch die Namen der Insassen anzugeben. Tatsächlich geht es für den Internet-User bei den Jail-Cams im Ergebnis nur darum, den Voyeurblick zu erweitern, nachdem mit Internet-WGs oder zum Beispiel der am selben Prinzip angelegten Fernsehsendung »Big Brother« eiträgliche Geschäfte gemacht werden konnten. Wie anders denn als

Versuch, die Neugier des Voyeurs noch zusätzlich anzustacheln, sollte die Warnung verstanden werden, die vor dem »Klick« auf die Web-Cams zu lesen ist: »Instances of violence or sexually inappropriate behaviour by detainees during the booking process may occur«?

Tatsache ist, daß in diesem Bereich der Haftanstalt – direkt nach der Aufnahme – Übergriffe der vom Zuschauer erwarteten Art gewiß nicht vorkommen werden.

Strafvollzug ist gerade aufgrund der Distanz, die »normale« Menschen dazu haben, ein unerforschtes Feld, das die Neugier der Öffentlichkeit anregt. Der von Arpaio eingeschlagene Weg ist jedoch der falsche. Man sieht nichts von den Problemen, die die Insassen haben, sieht (hier ist sogar »Big Brother« informativer) nicht den Menschen dahinter. Im Ergebnis wirkt dies we-

der abschreckend, noch kann es andererseits die für eine wirkungsvolle Resozialisierung so wichtigen Sympathien für die betroffenen Gefangenen wecken.

Joe Arpaio macht sich die Neugier der Internet-User zu Nutze, um seine harte Linie im Umgang mit Straftätern noch weiter zu verstärken. In erster Linie wird es ihm darum gehen, im Gespräch zu bleiben und darüber seine Wiederwahl zu sichern. Dieses Ziel hat er offensichtlich schon erreicht – man denke nur an die technischen Probleme beim Ansturm auf die Web-Site in der ersten Woche.

Dipl.-Krim. Dr. Kai Bammann ist Mitarbeiter am Strafvollzugsarchiv und Lehrbeauftragter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen

Anmerkungen

- 1 Vgl. Arpaio, Joe/Sherman, Len (1996): America's toughest Sheriff. How to win the war against crime, Arlington, Texas.
- 2 Hiermit beschäftigt sich ausführlich das Buch von Arpaio/Sherman; die Hinweise auf der offiziellen Web-Page sind im Gegensatz dazu eher dürftig.
- 3 Vgl. zum Problem von Scham und Schuld am Beispiel von Straftätern, auf das an dieser Stelle nicht vertiefend eingegangen werden kann, ausführlich: Geissbühler, Hermann/ Nafzger, Willi (1997): Scham und Schuld im Licht des Rechts sowie in den Erfahrungen und Reflexionen des Strafvollzugs, in: Kühn, Rolf u.a. (Hrsg.), Scham – ein menschliches Gefühl, Opladen, S. 111–124, sowie Braithwaite, John (1989): Crime, shame and reintegration, Cambridge, UK.

ZIELVEREINBARUNGEN DER POLIZEI

Untauglicher Versuch mit Nebenwirkungen

• Michael Jasch

Die an Zauberformeln aus dem Management orientierte Verwaltungsreform ist auf allen Ebenen in vollem Gange und macht auch vor der Polizei nicht halt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich an die Spitze der Bewegung gesetzt und mit seinen Polizeidirektionen »Zielvereinbarungen« geschlossen. Darin werden unter anderem künftige Kriminalitätsraten festgelegt.

Die Polizei hat die Planwirtschaft für sich entdeckt. So könnte man polemisch den Eindruck formulieren, der sich angesichts sogenannter »Zielvereinbarungen« zwischen Ministerien und Polizei über das künftige Ausmaß der registrierten Kriminalität und der Aufklärungsquoten aufdrängt. Die Idee einer konkreten Planung von Kriminalitätsraten war im Ansatz schon vor einiger Zeit aus der Polizeiführungsakademie Münster zu vernehmen¹ und wird mittlerweile in die Praxis umgesetzt:

So hat das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern mit den Leitern der fünf Polizeidirektionen des Landes jetzt erstmals Zielvereinbarungen² abgeschlossen. Darin werden der Polizei konkrete Vorgaben darüber gemacht, auf welches Niveau die registrierte Kriminalität bis Ende des Jahres 2001 reduziert werden soll. Auch eine Erhöhung der Aufklärungsquote bis zu diesem Zeitpunkt wird damit anvisiert. Neben diesen Zielen auf dem Gebiet der Kriminalitätsverhinderung sehen die »Vereinbarungen« zudem Vorgaben für eine Absenkung der

Verkehrsunfallzahlen sowie konkrete Maßnahmen der verstärkten Überwachung des Straßenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2003 vor. Nach Angaben des Schweriner Innenministeriums sind die konkreten Fallzahlen, die es zu erreichen gilt, jeweils gemeinsam mit den Polizeidirektionen erarbeitet und »zum überwiegenden Teil von den beteiligten Führungskräften mitgetragen«³ worden. Auf wie viele Straftaten genau die Kriminalität in dem nordöstlichen Bundesland im kommenden Jahr sinken soll, hat das Ministerium nicht veröffentlicht. Doch in den Direktionen des Landes liegen bereits Berechnungen vor, nach denen eine Reduzierung von bis zu zehn Prozent bei einzelnen Delikten anzupeilen ist. Dabei täuscht die einen Konsens gleichwertiger Partner suggerierende Bezeichnung der »Zielvereinbarung« ein wenig darüber hinweg, daß die jeweiligen Ziele für die Polizeibereiche per ministeriellem Erlaß verbindlich gemacht wurden.

Unzweifelhaft wären sinkende Kriminalitätsraten eine wünschenswerte Entwicklung. Ob Zielvereinbarungen auch nur ansatzweise ein geeignetes Mittel zur Reduzierung der Zahl verübter Straftaten darstellen, ist aber mehr als zweifelhaft.